

Studentenwerk Potsdam

Josephine Kujau

Babelsberger Str. 2

14473 Potsdam

per E-Mail: presse@studentenwerk-potsdam.de

Potsdam, 07.08.2024

Ihre Wahlprüfsteine an die SPD Brandenburg

Sehr geehrte Frau Kujau,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die ich Ihnen hiermit gerne beantworte.

1. Frage: Was wird Ihre Partei tun, damit Studierendenwerke (StWs) auch weiterhin ein geeignetes Instrument zur Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen Brandenburgs bleiben?

Antwort: Die Brandenburger Studierendenwerke sind für uns wesentliche und unverzichtbare Garanten des Brandenburger Hochschulsystems. Für eine gute weitere Entwicklung wird die Brandenburg-SPD weiter für Planungssicherheit für die Studierendenwerke sorgen, damit die Angebote für die Studierenden eine klare und gute Perspektive haben.

In den von der SPD geführten Regierung angeschobenen Prozessen rund um die Verbesserung und Ausgestaltung der Brandenburger Hochschullandschaft waren die Studierendenwerke wichtige Impulsgeber. Hier ist vor allem der im Jahr 2020 gestartete landesweite Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ zu benennen, wo mit vielen Akteurinnen und Akteuren in Veranstaltungen die Beschäftigungsbedingungen in Forschung und Lehre analysiert und dann im Anschluss entscheidende Empfehlungen, Vorschläge und Ideen entwickelt wurden. Als Ergebnis bekommen so beispielsweise studentische Beschäftigte in Zukunft eine Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten, wie auch studentische Vizepräsidenten an den Hochschulen die Mitbestimmung stärken sollen, was in die Weiterentwicklung des Brandenburger Hochschulsystems eingeflossen ist. Auch bei diesen Prozessen waren die Vertreterinnen und Vertreter der Studierendenwerke ein wichtiger Ratgeber, beispielsweise in der entsprechenden Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur, wie auch

schon in anderen Sitzungen dieses Gremiums, wo es u.a. um die Sanierungssituation an Brandenburger Hochschulen ging. Uns ist die Meinung der Studierendenwerke wichtig, können sie doch am besten die Situation der Studierenden einschätzen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die Hochschullandschaft weiter für die Zukunft fit zu machen. Dabei werden wir weiterhin unseren Beitrag leisten.

Für uns sind unsere Hochschulen die Garanten für ein zukunftsfähiges Brandenburg. In den vergangenen Jahren haben wir unsere finanzielle Unterstützung stetig hochgefahren und stellen so viel Geld bereit wie nie zuvor. Wir werden den erfolgreichen Weg des Ausbaus der Hochschulfinanzierung fortsetzen und jedes Jahr zusätzlich 5 Millionen Euro für die Grundhaushalte zur Verfügung stellen. Dadurch geben wir unseren Hochschulen Planungssicherheit und Stabilität.

Das Land Brandenburg und der Bund haben im Rahmen des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“ vereinbart, die Hochschulen finanziell zu unterstützen. Seit 2021 stellt das Land 10 Millionen Euro bereit, und bis 2024 wird diese Summe auf 35 Millionen Euro anwachsen. Der Bund stellt ebenfalls dieselbe Summe zur Verfügung. Mit der Verpflichtungserklärung, die Brandenburg und der Bund zum Zukunftsvertrag miteinander abgestimmt haben, verpflichten wir uns dazu, die Zahl unbefristeter Stellen an den Hochschulen zu erhöhen. Die SPD setzt sich weiterhin aktiv für die Stärkung der Hochschulen und die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen ein. So werden wir in den kommenden fünf Jahren die Hochschulen bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen weiter unterstützen. Wir werden die Soziale Wohnraumförderung bedarfsorientiert ausweiten und den Wohnungsbau in Brandenburg weiter mit über 200 Millionen Euro im Jahr fördern. Dazu zählen auch Werkwohnungen und die Förderung von „Jungem Wohnen“ in Azubi- und Studierendenwohnheimen. Unser Ziel ist es, an allen Hochschulstandorten 20 Prozent der Studierenden mit einem Wohnheimplatz versorgen zu können.

2. Frage: Die beiden Studentenwerke finanzieren sich: 1. aus eigenen Umsätzen (Mieten + Hochschulgastronomie). Diese werden regelmäßig angepasst, 2. Studierendenwerksbeiträgen (zuletzt deutlich angehoben) sowie 3. die jährliche Finanzhilfe des Landes. Letztere wurde seit mehr als einem Jahrzehnt nicht erhöht. Wie möchten Sie die Finanzierung der Studentenwerke sichern, ohne die Studierenden übermäßig finanziell zu belasten?

Antwort: Wir sorgen auch in Zukunft für eine auskömmliche Finanzierung für unsere Brandenburger Studierendenwerke. Zur Abmilderung der Folgen des russischen Angriffskrieges

auf die Ukraine und die damit verbundene Energiekrise haben wir den beiden Studentenwerken zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt, um die steigenden Preise abfedern zu können. Für die Studierenden wurde damit eine wertvolle Hilfe geleistet. Die SPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, die Studentenwerke finanziell zu unterstützen, um eine umfassende Beratung und Betreuung der Studierenden zu gewährleisten.

3. Frage: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit die soziale studentische Infrastruktur (v.a. Wohnen und Beratung) im Zuge der Internationalisierung der Hochschulen auch der wachsenden Anzahl von Studierenden aus dem Ausland gerecht wird?

Antwort: Brandenburg ist mehr denn je auf internationale Zusammenarbeit und Kooperationen in Bildung, Forschung und Wissenschaft angewiesen. Unser Ziel ist es, den Dialog mit den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu intensivieren, um weitere Möglichkeiten von Kooperationen, der breiteren Vernetzung und des interkulturellen Austausches zu befördern. Um die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg fortzusetzen, brauchen wir genügend Fachkräfte. Deshalb wollen wir mehr Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen für Leben und Arbeit in Brandenburg gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, flankieren wir es mit einer gezielten Anwerbeoffensive. Wir brauchen kluge Köpfe aus dem In- und Ausland, weshalb wir gegen die Einführung von Studiengebühren sind. Wir wissen, dass der Spracherwerb für die internationale Vernetzung und Integration von ausländischen Absolventinnen und Absolventen von entscheidender Bedeutung ist. Das erhöht nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen, sondern bietet den Studierenden bessere Chancen auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund brauchen wir weitere Maßnahmen zur Förderung des Spracherwerbs, die den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern und die langfristige Integration fördern.

Der Ausbau des Wohnraumangebotes für Studierende wird gerade denjenigen helfen, die von weiter her an ihren neuen Hochschulstandort ziehen. Dazu gehören auch internationale Studierende. Ein Wohnort am Studienort fördert auch den Verbleib hier bei uns im Land nach dem Studienabschluss. Er ist somit auch ein Beitrag zur Fachkräftesicherung- und -gewinnung.

Wir sind davon überzeugt, dass internationale Studierende von den zahlreichen Verbesserungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes profitieren werden. Aus unserer Sicht sind aber finanzielle Fragen nur ein Teil der Herausforderung. Die weit größere Aufgabe liegt darin, die verschiedenen Zuständigkeiten und unterschiedlichen Förderprogramme bzw.

Finanzierungsquellen zu bündeln, um so grundsätzlich die Integration von ausländischen Fach- und Arbeitskräften in den Brandenburgischen Arbeitsmarkt zu befördern.

4. Frage: Wie werden Sie die Einrichtung der sozialen Infrastruktur für die neu gegründete Medizinische Universität Lausitz unterstützen?

Antwort: Die Brandenburg-SPD wird den Aufbau der „Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem“ weiterhin entschlossen umsetzen. Die neu gegründete Medizinische Universität Lausitz wird nicht nur den Wissenschafts- und Forschungsstandort nachhaltig stärken, sondern gleichzeitig für eine qualitativ hochwertige und stabile gesundheitliche sowie pflegerische Versorgung im ganzen Land sorgen. Für den Aufbau der Universitätsmedizin werden bis 2038 rund 3,7 Milliarden Euro durch Bund und Land in die Hand genommen. Diese Mittel werden auch der sozialen Infrastruktur zugutekommen.

5. Frage: Wie können Sie dafür sorgen, dass Mittel und Expertise für die umfangreiche Digitalisierung der Antrags- und Bearbeitungsprozesse bereitgestellt werden (Stichwort e-Akte)?

Antwort: Digitalisierung ist ein Prozess, der nahezu alle Lebensbereiche der Brandenburgerinnen und Brandenburger umfasst. Die Gestaltung dieses Wandels betrachten wir als eine Kernaufgabe unserer Politik. Dazu braucht es die Vermittlung digitaler Kompetenzen, die insbesondere in Schule, Ausbildung und Hochschule frühzeitig geleistet werden kann. Im Punkt einer umfangreichen Digitalisierung setzen die Brandenburger SPD auch weiterhin auf das von der Landesregierung im Jahr 2022 verabschiedete Digitalprogramm 2025 (#dp25), das u.a. auch die Digitalisierung im Bereich der Studentenwerke beinhaltet. Um effiziente Lösungen der Antrags- und Bearbeitungsprozesse zu gewährleisten, werden wir uns für klare Priorisierungen und Planungen der Digitalisierungsvorhaben einschließlich einer auskömmlichen Mittelverwendung im Rahmen künftiger Haushalte einsetzen.

6. Frage: Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den Hochschulstädten mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht (Neubau) bzw. dieser erhalten bleibt (Sanierung)? Wie soll die im aktuellen Koalitionsvertrag angestrebte Versorgungsquote von 20 % für alle Hochschulstandorte erreicht werden?

Antwort: Wir arbeiten stringent an unserem Ziel, an allen Hochschulstandorten 20 Prozent der Studierenden mit einem Wohnheimplatz versorgen zu können. Die aktuell in Realisierung befindlichen Vorhaben zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. Vor diesem Hintergrund werden wir die Soziale Wohnraumförderung bedarfsorientiert ausweiten und den Wohnungsbau in Brandenburg weiter mit über 200 Millionen Euro im Jahr fördern. Dazu zählen auch Werkwohnungen und die Förderung von „Jungem Wohnen“ in Azubi- und Studierendenwohnheimen. Um mehr Wohnraum zu schaffen, werden wir zudem die Bauordnung anpassen, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und unnötige Kosten zu vermeiden. Die Brandenburg-SPD wird die Regelung zur Mietpreisbremse verändern, damit sie für mehr Gemeinden gilt, und, um bestehenden Mietwohnraum besser schützen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen rechtlich erschweren.

7. Frage: Es ist den Studentenwerken in Brandenburg bislang nicht möglich, Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ zu akquirieren. Es fehlt an einer für die Studentenwerke passenden Förderrichtlinie, die es in anderen Bundesländern bereits gibt. In Brandenburg ist dieses Förderprogramm in der allgemeinen sozialen Wohnraumförderung verankert, was es den Studentenwerken bislang unmöglich macht, eine auskömmliche Förderung zu erhalten. Auch Kredite am freien Markt können nicht aufgenommen werden. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: Brandenburg ist bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende und beim Hochschulbau für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt. Die aufgeworfene Frage nach einer für die Studierendenwerke möglichen Förderrichtlinie werden wir im Rahmen der anstehenden Haushalts- und Koalitionsverhandlungen aufgreifen. Dazu wollen wir die Erfahrungen und Entwicklungen der anderen Bundesländer berücksichtigen. Es hat sich beispielsweise in Sachsen gezeigt, dass es auch ohne eine eigene Förderrichtlinie geht, die Modernisierungen von Wohnheimplätzen auf den Weg zu bringen. Am Ende geht es um konkrete Ergebnisse, um den benötigten zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Wir werden alles daran setzen, die dafür nötigen Bauvorhaben auf den Weg zu bringen.

8. Frage: Sanierungsstau und ungeklärte Zuständigkeiten sorgen dafür, dass der Mensabetrieb gefährdet ist und wir als Nutzer der Räumlichkeiten unseren sozialen Auftrag nicht mehr erfüllen können. Aktuell müssen die Hochschulen den Sanierungsbedarf beim MWFK anmelden. Der Sanierungsbedarf in den Mensen konkurriert dann mit dem Sanierungsbedarf im Lehr- und Forschungsbetrieb. Wie möchten Sie dieses Problem angehen?

Antwort: Die Thematik der Sanierungsbedarfe an Hochschulen, insbesondere in den Mensen, ist von großer Bedeutung für die soziale Infrastruktur und die Erfüllung des Bildungs- und Versorgungsauftrags. Der Brandenburg-SPD ist bewusst, dass der Sanierungsbedarf in den Mensen oft in Konkurrenz zu anderen wichtigen Sanierungsmaßnahmen im Lehr- und Forschungsbetrieb steht. Um dieses Problem anzugehen, setzen wir uns für eine verbesserte Priorisierung und Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen ein. Dazu gehört auch eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten, um den Prozess effizienter zu gestalten. Ein möglicher Ansatz könnte darin bestehen, separate Budgets für die Sanierung von Mensen und anderen universitären Einrichtungen zu schaffen, sodass die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht miteinander konkurrieren müssen. Auch eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Hochschulen und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) ist entscheidend, um sicherzustellen, dass alle Sanierungsbedarfe angemessen berücksichtigt werden. Die Brandenburg-SPD wird weiterhin daran arbeiten, dass Hochschulen in Brandenburg über die notwendigen Mittel verfügen, um sowohl ihre Bildungs- als auch ihre sozialen Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können.

9. Frage: Wie positionieren Sie sich zu dem Fakt, dass die zahlreichen Mitarbeitenden der Hochschulen bei der Preisgestaltung in den Mensen den Landesbediensteten schlechter gestellt sind (Landesvorgabe, dass Hochschulbedienstete den Gästepreis zahlen müssen und es keine eigene Preiskategorie geben darf)?

Antwort: Für die Brandenburg-SPD ist es ein wichtiges Anliegen, dass alle Mitarbeitenden Zugang zu fairen und erschwinglichen Verpflegungsmöglichkeiten in den Mensen des Landes Brandenburg haben. Wenn unterschiedliche Preise für Hochschulmitarbeitende und Landesbedienstete in den Mensen aufgerufen werden, kann sich ein Gefühl der Benachteiligung verstärken und die Zufriedenheit sinken. Um sicherzustellen, dass alle Beschäftigten gleichbehandelt werden, streben wir eine Überprüfung der Mensapreise an und werden uns dafür einsetzen, dass für die zahlreichen Mitarbeitenden der Hochschulen Lösungen mit den Trägern der Mensen gefunden werden.

10. Frage: Welche Bedeutung misst Ihre Partei der verlässlichen und nachhaltigen Finanzierung sozialer Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei (Sozialberatung, psychosoziale Beratung, Jobvermittlung, Kinderbetreuungsangebote)?

Antwort: Aus Sicht der Brandenburg-SPD spielen Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Studierende eine entscheidende Rolle, wenn es um die Förderung von Bildungsgerechtigkeit und die Reduzierung von Studienabbrüchen geht. Die Brandenburg-SPD setzt sich daher für die Stärkung der Beratungs- und Unterstützungsleistungen ein, um Chancengleichheit zu gewährleisten und Studierende individuell und bedarfsgerecht zu unterstützen. Für uns gilt die zwischen dem Brandenburger Wissenschaftsministerium und den Geschäftsführern der Studierendenwerke Potsdam und Frankfurt (Oder) Ende 2021 unterzeichnete Zielvereinbarung als Richtschnur, welche u. a. die Weiterentwicklung psychosozialer Beratungsangebote beinhaltet. Für die Bewältigung dieser Aufgaben setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung ein.

Mit freundlichen Grüßen



David Kolesnyk
Generalsekretär